

~~V~~
(EUROP. PUBL.) 88

Fotok. am 16. 12. 55/zi
25-24014-1

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV

1800/56

Franz Halder

(16) Koenigstein/Ts., 24.6.1952
Wiesbadener Str. 11/I

30.6.

Betr.: Protokoll ueber Aussagen des Herrn Staatsministers a.D. Dr.
Josef Mueller vom 4. Juni 1952.

1. Herr Dr. Josef Mueller war mir weder dem Namen noch der Person nach bekannt bis zum Herbst 1944. Bei meiner Einlieferung in die Gefaengnisse der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Strasse (Berlin) im September 1944 lernte ich Herrn Dr. Mueller vom Sehen kennen. Erst im April 1945 habe ich ihn in Dachau zum ersten Mal gesprochen, als der persoenliche Verkehr unter den Haeftlingen zugelassen wurde.

2. Herr Dr. Mueller schien damals in seinem ersten Gespraedh mit mir der Auffassung zu sein, dass ich ueber alle Einzelheiten der Beck'schen Planung und damit auch ueber seine Rolle unterrichtet sei. Das war nicht der Fall.

Was ich waehrend meiner Amtszeit schon ahnte und teilweise auch be-
staetigt fand, erweist sich aus den Aussagen des Herrn Dr. Josef Mueller
erneut als richtig: Beck wollte das OKH in seine Plaene nicht einweihen,
sondern sich voellig freie Hand wahren. Das OKH sollte nur in dem von
ihm zu bestimmenden Zeitpunkt und in dem von ihm gewollten Ausmass den
Gewaltakt der Beseitigung des Diktators mit militaerischen Mitteln durch-
fuehren, sollte aber im uebrigen den Dingen ferngehalten werden. Die
Grunde dieser Haltung stehen hier nicht zur Diskussion. Ich erwaehne
diese Einstellung nur deshalb, weil sie geeignet ist, die Vorstellung
eines einheitlichen und organisierten "Widerstands" zu zerstoeren.

00001

89

-2-

Einen solchen hat es nach meiner damaligen und später erhaerteten Ueberzeugung nie gegeben. Es gab nur eine recht kleine aktive Gruppe um Beck, deren treibendes Element Oster und Dohnanyi waren. Das erscheint mir zur Beurteilung der ganzen Lueller'schen Aktion in Rom wichtig.

3. Meine Beruehrung mit dem "X-Bericht" war folgende: Im November 1939 - das Datum kann ich nicht mehr feststellen - meldete sich General Thomas des OKW, der kriegswirtschaftliche Belange vertrat, bei mir im Hauptquartier zum Vortrag an. Die Einstellung von Thomas war mir bekannt, ich hatte aber keinen naecheren Einblick in seine Beziehungen zu Beck, Canaris und Oster.

Nach Erledigung dienstlicher Vortragspunkte uebergab mir General Thomas einen Stoss Papiere mit der Bitte, sie durchzusehen und ihm nach seiner Rueckkehr von einem etwa 14/taegigen Erholungsurlaub Bescheid zu geben, wie das OKW sich zu diesen Gedanken stelle. Er deutete an, dass im Falle des Beduerfnisses nach weiterer Klaerung einzelner Punkte dieser Niederschrift Herr v. Hassel diejenige Persoenlichkeit sei, an die man sich wenden koenne. Dies und mehrfache Erwaechnung dieses Namens an anderer Stelle weckte in mir die Vorstellung, dass Herr v. Hassel der Traeger der diplomatischen Aktion sei. Der Name Lueller ist nicht erwaeht worden. Allerdings ist in dem Text des Schreibens von der besonders naehen Verbindung des Mittelsmannes mit dem Papst die Rede gewesen und von der Tatsache, dass der Papst selbst diesen Mittelsmann in Rom getraut habe. (Dass das bei Herrn Dr. Lueller der Fall war, war mir voellig unbekannt).

Ob die mir uebergebenen Papiere einen Auszug aus dem darstellen, was Herr Dr. Lueller "X-Bericht" nennt - eine Bezeichnung, die spaeter auch von

der Gestapo angewendet wurde -, kann ich nicht feststellen. Ich kann nur mit Sicherheit sagen, dass ueber erhebliche Teile des Gedankenguts, das Dr. Lueller erwaeht, in den mir zur Verfuegung stehenden Blaettern nichts gesagt war z.B. ueber alle mit einem Waffenstillstand zusammenhaengenden Fragen. In diesen Blaettern war eine in ihren Wiederholungen und Weitschweifigkeiten ermuedende Darstellung der Verhandlungen gegeben, aus der ohne jegliche Namensnennung anzunehmen war, dass die Verhandlungen mit einer offiziellen Stelle des britischen Aussenamts in mehreren Verhandlungsgaengen gepflogen worden waren. Fuer mich interessant war damals lediglich das in diesen Blaettern niedergelegte Ergebnis einer moeglichen Friedensgrundlage. Die Angaben darueber sind mir noch gut in Erinnerung, weil sie teilweise erstaunlich waren, dann aber auch deswegen, weil dieser "K-Bericht" Gegenstand wiederholter stundenlanger Verhoere meiner Person durch die Gestapo war~~en~~ und ich dabei mehrfach Gelegenheit hatte, den Text noch einmal nachzulesen. Die Grundzuege der bei einem Frieden in Aussicht genommenen Regelung waren die, dass im Osten die Grenze von 1937 massgebend sein sollte. Die Tschechei sollte dem deutschen Machtbereich eingefuegt bleiben, nur sollte fuer das staatsrechtliche Verhaeltnis zu Deutschland eine andere Form gefunden werden als die des "Protektorats". Oesterreich sollte dem deutschen Hoheitsgebiet eingliedert bleiben. Im Westen sollte Elsass-Lothringen an Deutschland abgegeben werden und auch in uebrigen die Westgrenze von 1914 wieder in Kraft treten.

Ich betone noch einmal, dass ich in keiner Weise beurteilen kann, ob die mir zugespielten Papiere mit dem tatsaechlichen K-Bericht ^{gefertigte} identisch waren oder ob es sich um eine zur Beeindruckung des OKH eigens/zusan-

anstellung handelte. Die mir uebergebenen Papiere enthielten keinen Namen und keine Unterschrift. Das hat mich umso mehr misstrauisch gemacht, als auch General Thomas jede ergaenzende und erlaeuternde Auskunft verweigerte mit der Behauptung, er wisse von nichts. Besonders misstrauisch musste dem Leser das Angebot mit Elsass-Lothringen machen. Wenn es auch in der Geschichte der britischen Politik wohl nicht der erste Fall gewesen waere, dass England als Friedenspreis etwas anbietet, was ihm garnicht gehoert, so war doch in der gegebenen Situation keinesfalls anzunehmen, dass dieses Angebot im Einvernehmen mit Frankreich erfolgt sei. Das musste den Ernst des ganzen Angebotes in Frage stellen. Ich habe daher die Schriftstuecke kurze Zeit in meinem Panzerschrank aufbewahrt und mehrfach sorgfaeltig durchstudiert, bis ich mir darueber klar geworden war, dass sie doch wohl so ernst zu nehmen seien, dass ich sie dem ObdH., dem damaligen Generaloberst v. Brauchitsch, vorlegen muesste.

4. Hier sei bemerkt, dass zwischen meinem Oberbefehlshaber und mir ein volles Vertrauensverhaeltnis bestand, und dass wir uns in der schroff ablehnenden Haltung gegenueber Hitler und seinem Regime durchaus einig waren.

Ich habe das mir uebergebene Schriftstueck in seinem vollen Umfang gelegentlich einer am Spaetnachmittag stattfindenden Aussprache - das Datum kann ich nicht mehr angeben - dem Generaloberst v. Brauchitsch auf den Tisch gelegt, ihn auf die besondere Vertraulichkeit dieser Niederschrift aufmerksam gemacht und ihn gebeten, die Blaeetter in aller Ruhe durchzulesen. Dem erst wurde ich es fuer richtig halten mit ihm darueber zu sprechen.

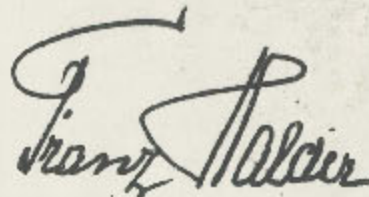
Als ich am folgenden Vormittag wieder zu Generaloberst v. Brauchitsch kam, war dieser ungewöhnlich ernst. Er sah sehr angegriffen aus. Das Schriftstück lag auf seinem Schreibtisch. Ohne lange Einleitung brachte er das Gespräch auf den X-Bericht. In einem Ton, der zwischen uns ganz aussergewöhnlich war, erklärte er mir: Darueber zu sprechen, hat gar keinen Sinn. Das ist glatter Landesverrat. Ich verlange von Ihnen die Namen derjenigen Soldaten, die hinter dieser Sache stehen. Sie muessen verhaftet werden. Darauf antwortete ich sehr ruhig: Den Bericht habe i c h Ihnen vorgelegt. Namen werden Sie von mir nicht erfahren. Wenn Jemand verhaftet werden soll, so stehe ich Ihnen zur Veruegung. Nach kurzer Pause, die durch das sichtliche Erschrecken meines Oberbefehlshabers ueber diese Art der Antwort veranlasst war, lenkte er insoferne ein, als er versuchte, seine schroff ablehnende Haltung zu erläutern. Dabei ist u. a. auch der Gedanke ausgesprochen worden, dass dieser Krieg ein Krieg der Weltanschauungen sei und sich nicht einfach durch diplomatische Manoever beilegen lasse.

Von der ablehnenden Haltung des Oberbefehlshabers des Heeres habe ich General Thomas Nachricht gegeben, als er mich etwa acht Tage spaeter wieder aufsuchte und habe von den Ausuehrungen des Generalobersten Brauchitsch ihm so viel mitgeteilt, als mir fuer diesen Zweck nuetzlich erschien (die Aeusserungen meines Oberbefehlshabers hatte ich stenografisch in Stichworten festgehalten).

Meine eigene Einstellung zu dem X-Bericht war gekennzeichnet durch das vorhin schon erwahnte Misstrauen gegen gewisse mir unwahrscheinlich erscheinende Festlegungen der angeblichen Friedensbedingungen. Ich habe daher bei der ersten Rücksprache, in der General Thomas den Inhalt der

Papiere nur kurz umriss, lediglich sagen koennen, dass mir die Basis fuer ein aktives Handeln in der Sphaere der Aussenpolitik gegeben erschein-
ne, wenn die von ihm muendlich gemachten Andeutungen auch wirklich in
vollem Umfang ernst zu nehmen seien. Immerhin sei die aussenpolitische
Sphaere nur ein Teil des Gesamtproblems. Der Bericht forderte als Vor-
aussetzung fuer die erwachte Friedensregelung die Beseitigung Hitlers
und "wenn moeglich des nationalsozialistischen Regimes". Das betone die
innerpolitische Sphaere des Problems und in dieser koenne ich nur das wie-
derholen, was ich Beck schon verschiedentlich versichert hatte, dass der
von uns allen fuer notwendig erachtete Umsturz nur dann mit Erfolgsaus-
sicht unternommen werden koenne, wenn die dazu notwendige militaerische
Gewaltanwendung eine starke politische Bewegung innerhalb des deutschen
Volkes hinter sich habe. Anderenfalls wuerde nichts anderes entstehen,
als ein "Kapp-Putsch" neuer Art oder ein Buergerkrieg in einem Augenblick,
in dem uns die Westmaechte angriffsbereit gegenueber stueuden.

Was Herr General Thomas von dieser muendlichen Aussprache an Oster
weiterberichtet hat, entzieht sich meiner Kenntnis.



(Franz Halder)

FRANZ HALDER

(16) KÖNIGSTEIN (TAUNUS) 14.8.52
WIESBADENERSTR. 41/1

Fotok. am 16.12.55/31
25-24014-7

Herrn
Generalmajor a. D.
H. von Witzleben
Vorstandsmitglied der Europa-Union,
LV Bayern

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1800/56

(13 b) München - 27
Rauchstr. 16

Sehr geehrter Herr v. Witzleben!

Erst nach Ueberwindung des ueblichen Papieranstaus bei Rueckkehr aus dem Urlaub komme ich dazu, Ihnen fuer Ihren Brief vom 21.7.52 mit der Niederschrift ueber die Gespraechе in Rom zu danken. Diese Niederschrift hat mich natuerlich sehr interessiert. Zwischen der Erinnerung des Berichterstatters und den schriftlichen Unterlagen, die mir seinerzeit von Thomas auf den Tisch gelegt wurden, bestehen weitgehende Verschiedenheiten. Zu ihrer Aufklaerung kann ich nichts beitragen, weil ich nicht weiss, inwieweit die mir damals vorgelegten Papiere, die aus der Werkstatt Osters kamen, wirkliche Originalabschriften waren oder Zusammenstellungen, die zum Zweck der Beeindruckung der Leser gefertigt worden waren. Die mir noch recht deutlich erinnerliche aeussere Aufmachung tauschte zum mindesten das Bild vor, als handle es sich um Abschriften von Originalprotokollen. Im uebrigen duerfte der Inhalt dieser Protokolle fuer die uns interessierende Frage nicht so wichtig sein, als die Tatsache, dass Verhandlungen tatsaechlich stattgefunden haben, in denen Herr Dr. Mueller als Beauftragter der Opposition handelte. Solche Verhandlungen sind, wie sich inzwischen herausgestellt hat, zum mindesten waehrend des ersten Teiles des Krieges und dann noch einmal gegen Ende des Krieges von verschiedenen Seiten mit Vertretern des Auslandes gefuehrt worden, ohne dass die oberste deutsche Staatsfuehrung davon wusste. Die Reihe der Initiatoren solcher Besprechungen, die der Beendigung

00007

der Feindseligkeiten dienen sollten, umfasst Namen wie Goering und Himmler, von denen ich noch niemals gehoert habe, dass man ihnen den Vorwurf des Landesverrats gemacht haette.

Die im Augenblick an Bedeutung voranstehende Frage ist die, ob Dr. Josef Mueller bei seiner letzten Anwesenheit in Rom (vor Angriffsbeginn Ende April 1940) ueberhaupt gewusst haben kann, dass am 10. Mai angegriffen wird. Dazu darf ich Folgendes ausfuehren.

Die Tatsache, dass Hitler auf moeglichst fruehzeitigen Beginn der Westoffensive draengte, war allgemein bekannt. Diese Frage war so wehr Gegenstand teilweise erbitterter Auseinandersetzungen zwischen dem OKH und Hitler und ausserdem Gegenstand mehrfacher Erwaerterungen im Kreise der Parteihaeupter, dass von einem Geheimnis um diese Absicht nicht gesprochen werden kann. Es ist unvorstellbar, dass nicht genaue Nachrichten ueber diese Einstellung Hitlers und ueber die praktischen Schwankungen der Durchfuehrung nicht durch das beruechtigte Nachrichtenbuero des italienischen Botschafters Attolice nach Rom gekommen sein sollten. Waren sie aber erst einmal dort, so sorgte Herr Ciano dafuer, dass sie auch weitergingen.

Schon vom November 1939 an hat Hitler in ununterbrochener Folge immer wieder Angriffstermine festgesetzt, deren Serie nur zeitweise durch die winterlichen Schnee- und Eisverhaeltnisse unterbrochen war. Von diesen Terminfestsetzungen fuer den Angriffsbeginn sind mehrere auf der Gegenseite bekannt gewesen, bevor die entsprechende Orientierung unsere Truppen vorderer Linie erreicht hatte. Zurufe aus der feindlichen vorderen Linie zu unseren Gefechtsvorposten bewiesen edas. Diese Tatsache, die gelegentlich zu sehr heftigen Auseinandersetzungen mit Hitler, der uns die Schuld zuschieben wollte, fuehrte, beweist, dass die Quelle der Indiskretion in der naechsten Naehel des Diktators ihren Platz gehabt haben muss. Damit will ich sagen, dass man aus der Tatsache, dass auch der Angriffstermin des 10. Mai auf der Gegenseite bekanntgeworden ist, keinesfalls den Schluss ziehen kann, dass

die Nachricht auf dem Wege ueber Dr. Mueller an die Gegenseite gelangt sein koennte.

Die mir in meinem persoenlichen Kriegstagebuch zur Verfuegung stehenden Aufzeichnungen beweisen vielmehr, dass Herr Dr. Mueller bei seinem Aufenthalt in Rom Ende April 1940 die endgaeltige Terminfestsetzung fuer den Westangriff garnicht gekannt haben kann. Er konnte natuerlich ueber Canarias unterrichtet sein - und war es wahrscheinlich auch - dass in der schon monatelang zurueckliegenden Beschlussfassung ueber die Zeitfolge der militaerischen Massnahmen Hitler sich darauf festgelegt hatte, den Angriff im Westen sobald als moeglich nach Erledigung des norwegischen Feldzugs zu starten. Als das Ergebnis des Norwegischen Feldzugs als positiv vorlag, wusste man auch ausserhalb der militaerischen Kreise, dass nunmehr die Offensive im Westen unmittelbar bevorstehe. Militaerische Kreise um Canarias und Beck wussten ueberdies, dass zwischen dem norwegischen Unternehmen und dem Beginn der Westoffensive so gut wie keine militaerischen Beziehungen bestanden, d.h. in Norwegen eingesetzte Kraefte nicht erst fuer den Einsatz im Westen herangefuehrt werden mussten. Ich habe nicht den leisesten Zweifel, dass diese Zusammenhaenge auch dem italienischen Militaerattaché und durch ihn dem Botschafter Attolico bekannt waren und ihren Weg nach Rom gefunden hatten. Die endgueltige datenmaessige Bestimmung des Angriffstages ist erst im Mai 1940 erfolgt, und zwar - nach typisch Hitlerscher Methode - immer unter Vorbehalten, sodass der letzte und endgueltige Befehl zum Ueberschreiten der Westgrenze erst am 9. Mai 1940, 22.15 Uhr, bei mir als der ausfuehrenden Stelle eingetroffen ist.

Naehere Angaben hierueber enthalten die Notizen aus meinem "Kriegstagebuch", die ich in zweifacher Ausfertigung beilege. Hierzu darf ich ueber den Charakter dieses "Kriegstagebuches" anfragen, dass es sich um stenographische Notizen handelt, die ich taeglich fortlaufend in einem auf meinem Schreibtisch aufliegenden Buch machte. Sie sind 1945 von den Amerikanern an meinem Wohnsitz in Aschau, wo sie in einem befreundeten Haus verborgen

waren, aufgefunden und von einem fuer diesen Zweck besonders geschaffenen Buero in Kurrentschrift uebertragen und ins Englische uebersetzt worden, Das sieben dicke Baende umfassende Werk ist von amerikanischer Seite offiziell als "Dokument" anerkannt und in zahlreichen Abdrucken an alle mit historischen Forschungen beschaeftigten staetlichen Stellen der Alliierten verteilt worden. Damit will ich sagen, dass die beigelegten Notizen dokumentarischen Wert haben und als historisch beweiskraeftig gelten duerfen.

Damit glaube ich, alles gesagt zu haben, was zur Beantwortung der von Ihnen gestellten Frage beitragen kann. Sollten sich weitere Fragen an mich ergeben, so stehe ich entsprechend meiner Zusage zu Ihrer Verfuegung und bitte nur, dass diese Fragen dann so klar und praezise gestellt werden, wie es bei der mit diesen Zeilen beantworteten Frage der Fall war.

Mit den besten Gruessen bin ich

Ihr sehr ergebener



Beilage:

Notizen aus Kriegstagebuch Halder.

FRANZ HALDER

Fotok. am 16. 12. 55/21
162. G
25-24014-11
(16) KÖNIGSTEIN (TAUNUS) 6.9.1952
WIESBADENERSTR. 11/1

Herrn Generalmajor a.D.
H. von Witzleben
Vorstandsmitglied der Europa-Union
LV Bayern

(13 b) München - 27
Rauchstr. 16

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV

1800/56

Sehr geehrter Herr von Witzleben!

Fuer Ihren Brief vom 3.9. meinen besten Dank!

Bevor ich auf Ihre praezisen Fragen eingehe, eine Bemerkung zu einem anderen Gedanken Ihres Briefes:

Inwieweit Herr Dr. Lueller als ein "Beauftragter der militaerischen Opposition" anzusehen ist, kann ich nicht abschliessend beurteilen. Die Tatsache, dass ich Namen und Personenlichkeit des Herrn Dr. Mueller erst in unserer gemeinsamen Haft in den Kellern der Gestapo in Berlin und dann in Dachau kennengelernt habe, ist zumindest ein Beweis dafuer, dass seine Taetigkeit nur ganz wenigen bekannt war. Ich glaube daraus schliessen zu duerfen, dass seine oppositionelle aktive Taetigkeit sich auf die mit besonderem Geheimnis umgebenen Verhandlungen in Rom beschraenkt hat und dass er in dieser Taetigkeit eine Figur auf dem Schachbrett Osters war.

Damit kommen wir zu Ihrer ersten Frage, wie die Verbindung zwischen Oster und Beck gewesen ist. Dazu kann ich sagen, dass ich in den elf Monaten, in denen ich vor Uebernahme der Chefstelle als Oberquartiermeister unter Beck im OKH in Berlin Dienst getan habe, feststellen konnte, dass Oster, der garnicht zum OKH, sondern zum OKW (Abwehr) gehoerte, ein staendiger Gast im Arbeitszimmer Beck's war. Die Unterredungen unter vier Augen dauerten oft stundenlang, sodass auf eine sehr enge Zusammenarbeit geschlossen werden darf. Oster, den ich wenige Jahre vorher als Chef des Stabes des Wehrkreiskommandos VI in Muenster/Westf. laengere Zeit

00011

unter mir gehabt hatte und der meine gegnerische Einstellung zu Hitler kannte, sprach sich mir gegenueber oft aus. Wiederholt hat er dabei die fuer seine Begriffe mangelhafte Entschlusskraft Becks beklagt, durch die er sich stark gehemmt fuehlte. Ich habe mindestens damals den Eindruck gehabt, dass er nichts Entscheidendes ohne Becks Einverstaendnis zu unternehmen wagte. Den gleichen Eindruck hatte ich kurz nach meiner Amtsuuebernahme, als er mir Anfang September 1938 den Vorschlag machte, einen Vertrauensmann nach England zu schicken, um dort vor weiterem Entgegenkommen gegen Hitlers gefaerliche Angriffspolitik zu warnen. Ost berief sich damals mit diesem Vorschlag ausdruuecklich auf Beck.

Wie sich in der folgenden Zeit und besonders im Winter 1939/40 das Verhaeltnis Beck - Oster gestaltet hat, kann ich aus eigener Beobachtung nicht angeben, weil ich Beck nur selten selbst sah und mir Oster ausdruuecklich vom Leibe hielt. Ich konnte nur feststellen, dass Oster in diesem Winter auffallend viele "Dienst"-Reisen bei den Fronttruppen des Westens machte, die der Aussprache mit oppositionellen Offizierskreisen dienten und bei denen der Name Beck, wie mir von Frontstaeben berichtet wurde, bei Oster immer wieder Erwachnung fand. Das ist an sich noch kein schluessiger Beweis dafuer, dass er im Auftrag Becks handelte (ich weiss aus eigener Erfahrung, wie oft der Name fuehrender Persoenlichkeiten missbraucht wurde, um irgendeiner Sache Nachdruck zu verleihen); ich weiss aber durch den als Verbindungsmann zwischen Beck und mir fungierenden damaligen Oberst von Ziehlberg (auf Befehl Hitlers erschossen), dass Beck ueber die "Dienst"-Reisen Osters und ueber die von ihm gewonnenen Eindruecke aufs Genaueste unterrichtet war. Dass zwischen Beck und Oster im damaligen Winter nicht nur enge, sondern engste Verbindung bestand, steht fuer mich persoenlich ausser Zweifel. Von dem oft unverantwortlichen Benehmen Osters im Bereich der Front und seiner leichtfertigen Redensarten hatte aber Beck sicher keine Ahnung.

Die zweite Frage, ob ich fuer die Verbindung zwischen Beck und Oster in der Angelegenheit der roemischen Verhandlungen Beweise bieten kann, muss ich leider verneinen. Als ich Beck zum letzten Mal persoenlich sprach im Januar 1940, hat er mir gegenueber davon nichts erwaeant. Das besagt nichts; denn Beck spielte, wie es in der Atmosphaere des Untergrunds uns allen zur Gewohnheit geworden war, auch nahen Bekannten gegenueber mit verdeckten Karten und besprach mit dem Einzelnen nur das, was er glaubte, ihm unbedingt anvertrauen zu muessen. Als mir durch Thomas der "A-Bericht" uebergeben wurde, hat der Ueberbringer sich mit den Namen Beck, Oster und Dohnanyi legitimiert. Das wusste im Jahre 1944 auch die Gestapo, die mich mit tagelangen Verhoeren ueber meine Beziehungen zu Beck in dieser Angelegenheit quaelte. Auch das ist kein schluessiger Beweis; denn Thomas konnte einem ihm von Oster gegebenen Auftrag durch Becks Namen Nachdruck verleihen wollen, und die Gestapo konnte einer Irrefuehrung zum Opfer gefallen sein, bei der der Name des toten Beck genannt worden war, um einen Lebenden zu retten. Beides erscheint mir aber unwahrscheinlich. Thomas brauchte mir gegenueber eine solche Legitimation nicht und die Gestapo hatte ihren Bericht ueber die Verhandlungen in Rom aus Becks Privatarchiv, das in einer kniehohen Kiste mit eigener Namensaufschrift Becks in ihre Hand gefallen war, und das sie mir triumphierend vorwies.

Ich will auch nicht verschweigen, dass mir beim Lesen des Berichtes der Gedanke durch den Kopf ging, dass nur ein "reiner Tor" wie unser Beck auf einem solchen Wege einen Erfolg erhoffen konnte. Dass diese Bemerkung nicht den auch von mir hochverehrten Menschen Beck herabsetzen, sondern nur seine weithin bekannte Weltfremdheit und seinen Mangel an Menschenkenntnis als Begrueandung fuer meine Auffassung erwahnen will, wissen Sie selbst. Ich glaube, dass der 20. Juli diese Eigenarten unseres verehrten Beck ausgiebig beweist.

Zusammenfassend kann ich also feststellen, dass ich es fuer gaenzlich ausgeschlossen halte, dass Oster, dem ich wirklich allerhand zutraue, die Gespraechе in Rom ohne Kenntniss und ohne Auftrag Becks eingeleitet hat. Die Taetigkeit Osters in dieser Angelegenheit scheint sich mir darauf zu beschraenken, dass er einen geeignet erscheinenden Mittelsmann ausfindig machte und das Unternehmen einfaedelte. Der Einspruch des von mir hochgeschaezten Professor Foerster kann mich in dieser Auffassung nicht irre machen. Er ist in allen die Person Becks betreffenden Fragen in der Rolle eines Biographen, der sich in den Gegenstand seiner Darstellungen verliebt hat.

Ich bitte Sie, von diesen offenerzigen Darlegungen diskreten Gebrauch zu machen; natuerlich stehen sie Ihnen fuer Zwecke Ihres Ausschusses zur Verfuegung.

Abschliessend darf ich bemerken, dass mir das Verfahren, das der Ausschuss nunmehr fuer die Klaerung der Zusammenhaenge gewaehlt hat, durchaus richtig und erfolversprechend zu sein scheint. Mit der sorgfaeltigen Pruefung der historischen Zusammenhaenge und der anschliessenden Bewertung der Ergebnisse durch juristische Sachverstaendige werden Sie zu einem unanfechtbaren Ergebnis kommen.

Mit bestem Gruss und allen guten Wuenschen bin ich

Ihr sehr ergebener

Franz Halder

Institut f. Zeitgeschichte
 München
 ARCHIV

1800/56

17.9.

Sehr geehrter Herr v. Witzleben!

Fuer Ihren Brief vom 11.9. und die Uebersendung des "Zwischenberichtes" sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank.

Zu den historischen Feststellungen in Ihrem Zwischenbericht kann ich nicht weiter Stellung nehmen. Ueber das, was aus meinen Quellen und meiner Erinnerung gesagt werden kann, habe ich Ihnen in der Beantwortung Ihrer Fragen jeweils so ausfuehrlich Antwort gegeben, als mir dies moeglich war. Zu den ueber die rein historischen Feststellungen hinausreichenden Gedankengaengen glaube ich aber, nachdem Sie ausdruecklich meine Stellungnahme erbitten, etwas sagen zu muessen.

Das eine ist die Berechtigung zum "Widerstand". Wer, wie ich, in verantwortlicher Stellung im Heere sich zu diesem Widerstand entschlossen hat, der weiss, wie viele Gegengruende gegen eine solche Betaestigung erhoben werden koennen, ja sogar erhoben werden muessen. Trotzdem wird man Recht und Pflicht zum Widerstand zum mindesten fuer diejenigen (Wenigen) fuehrenden Stellen im Heere anerkennen muessen, denen keine andere Moeglichkeit gegeben war, die klar erkannten Interessen ihres Volkes zu verfechten. Man wird aber nicht uebersehen duerfen, dass in der durch die Persoenlichkeit Hitlers geschaffenen Lage die Moeglichkeit eines Kampfes mit offenem Visier nicht gegeben war. Nach den mit Beck gemachten Erfahrungen hat Hitler Enthebungsbiten, die aus dem Gewissenskonflikt des Einzelnen entstanden waren, bekanntlich verboten. Damit wurde die unter normalen Verhaeltnissen garnicht bestehende Notwendigkeit geschaffen, nach anderen Mitteln zu suchen, um die dem deutschen Volk von Hitler drohende Gefahr zu beseitigen oder wenigstens zu mildern. Sofern diese Mittel nicht kurzerhand darin gesucht wurden, den - letzten Endes vom Volk selbst in den Sattel gesetzten - Diktator einfach niederzuknallen, dann blieb

nur der Weg, den man im Sprachgebrauch mit "Verschwörung" bezeichnet. Auf diesem Wege aber brauchten die Verschwörer Gefolgsleute. In diesem Augenblick wird der Widerstandsgedanke zur Werbung soldatischer Helfer gegen den Mann, der zugleich Oberster Befehlshaber und Staatsoberhaupt war. Das ist nach unseren militärischen Begriffen glatte Meuterei. Welche Folgen sie fuer das Gefuege eines im Kriegszustand befindlichen Heeres haben muss, weiss jeder. Hier wird man ansetzen muessen mit der Suche nach den Grenzen des Erlaubten.

Schon diese Andeutungen moegen Ihnen zeigen, wie ausserordentlich schwierig mir dieses Thema zu sein scheint fuer Menschen, die noch unter dem Bann persoenlichen Erlebens stehen. Ganz besonders wichtig scheint mir die Feststellung zu sein, dass die Entwicklung des deutschen militärischen Widerstands gegen Hitler das Ergebnis einer ganz ungewoehnlichen Ausnahmesituation war, wie sie zum mindesten in der deutschen Geschichte kaum je gegeben war. Aus solchen Ausnahmesituationen aber allgemein gultige Gesetze ableiten zu wollen, scheint mir ein sehr gefaehrliches Unternehmen zu sein.

Der zweite Punkt, der meine Aufmerksamkeit besonders erregt hat, ist der, dass Sie ueber die Klaerung des Falles Dr. Mueller hinaus sich die Aufgabe stellen, die Geschichte der militärischen Opposition wenigstens insoweit festzulegen, dass Sie das Ergebnis mit gutem Gewissen einen "Beitrag" zur Geschichte unserer Zeit nennen koennen. Ihre Begrue ndung fuer diese weitgesteckte Zielsetzung, dass naemlich diese Klarstellung im Dienste des Europagedankens nuetzlich waere, hat auf mich nicht ueberzeugend gewirkt. Die Gedankenwelt des Widerstandes beschaeftigte sich nur mit Deutschland und war sogar teilweise auf fuehlbar nationalistischem Boden entstanden. Wenn man sich vom Herausstellen dieser historischen Entwicklung etwas verspricht, so doch hoechstens das, dass die Widerstandsbewegung in all ihren Teilen, nicht nur im militärischen Sektor, ein Beweis fuer das "andere Deutschland" ist, mit dem ein Zusammenschluss im europaeischen Rah-

*Volksaufstand
von Weimar
fuehrt zum
Ungluek unser
Zeit*

*das will das
Mittelpunkt
mit Kultur
so billig*

*nach muellers
Anfuehren v.
Anstuehungen
Beck's feld
das nicht ganz*

men moeglich sein wird. Muss das wirklich heute noch bewiesen werden?

Selbst wenn Sie das fuer wuensenswert halten, scheint mir das noch kein ausreichender Grund zu sein, um oeffentlich einen reichlich gefaehrlichen Boden zu betreten. Um Ihnen die Gefahr dieses Bodens klar zu machen, genuegt die Frage, was war die militaerische "Opposition"? Vielleicht ist noch besser die Formulierung: "Wer waren die Traeger der militaerischen Opposition und wie arbeiteten sie zusammen?". Wenn Sie dieser Frage nachgehen, dann ergibt sich als erstes Stadium eine kleine Gruppe von Epponenten um Beck (in seiner Amtszeit), die aber nach dem Willen Becks den "evolutionaeren" Weg geht und den Gedanken revolutionaerer Gewaltakte in scharfen Auseinandersetzungen strikt ablehnt. Als zweite Phase ergibt sich die Bildung eines Widerstandszentrums um Beck nach seinem Ruecktritt, wobei er in einem Zeitpunkt, in dem die Chancen fuer eine revolutionaere Handlung bereits weitgehend verpasst waren, ruckartig umstellt auf Revolution und nun von den im Amt befindlichen Gleichgesinnten bedingungslose Gefolgschaft und Ausfuehrung seiner Anordnungen verlangt. Diese Gefolgschaft aber kann nicht gegeben werden, weil die im Amt befindlichen Maenner ganz anderen Bedingungen fuer ihr Handeln unterliegen, als der in den Hintergrund zurueckgetrene Verschworer. So bilden sich zwei Gruppen heraus, die wohl in staendigem Konnex stehen, aber doch nicht als Einheit angesprochen werden koennen, und sich oft sogar gegenseitig empfindlich stoeren. Es ist dies die Hintergrundsgruppe um Beck und die im Vordergrund stehende Gruppe im Generalstab des OKH. In zunehmendem Mass widmet sich Beck dann der Verbindung mit anderen (politischen) Widerstandsgruppen und rueckt immer mehr von der staendig auf der Lauer liegenden Widerstandsgruppe im OKH ab. Damit verliert er in zunehmendem Mass die Verbindung mit der Gedankenwelt der Truppe. Das geht soweit, dass er am 20. Juli telephonisch Weisungen an Oberkommandos von Heeresgruppen glaubt geben zu koennen, die heute noch aktenmaessig festliegen. Ebenso aktenmaessig, wie die Wirkung, die solche Versuche hat. Sie wurden von der am Feind stehenden Truppe

rundweg abgelehnt.

Diese wenigen Gedanken moegen Ihnen zeigen, wie schmerzlich die Beleuchtung des militaerischen "Widerstands" vor der Oeffentlichkeit sein muss. Er ergibt das Nebeneinander und Gegeneinander von ernst zu nehmenden Maennern, die alle das gleiche grosse Ziel anstreben, die aber durch die einseitigen und diktatorischen Bestrebungen Beck's nicht zu einer wirklichen Einheit zusammenzufassen waren. Mit anderen Worten: der Begriff der "militaerischen Opposition" ist so vieldeutig, dass ich mir von der von Ihnen angedeuteten Behandlung dieses Themas keinen Nutzen versprechen kann. Ich sehe sogar die Gefahr voraus, dass man im Bestreben der Zusammenfassung zu einer "Beck-Legende" kommen wird, die heute schon namhafte historische Vertreter hat und von der Jemand, der die Entwicklung in allen Einzelheiten selbst erlebt hat, heute schon genau weiss, dass sie vor der Geschichte keinen Bestand haben kann. Diese Feststellung bezieht sich nicht auf das Wollen des Edelmanns Beck, sondern nur auf die geschichtliche Auswirkung seiner Persoenlichkeit.

Winn.

Indem ich Ihnen fuer Ihre weitere Taetigkeit alles Gute wuensche, gruesse ich Sie bestens als

Ihr sehr ergebener

Franz Walden

1. f. Johann Prof. Dr. Hartmann

2. f. Johann General J. Inf. a. D. Staff

und der Leiter im Kurort - im Heilungsaussch.

FRANZ HALDER

(16) KÖNIGSTEIN (TAIHNIS) 23.1.1953
WIESBADENER STR. 11'

Fotok. am 16. 12. 55/21
ZS-240/4-19



Sehr geehrter Herr von Witzleben!

Mit bestem Dank bestaetige ich den Empfang Ihres Briefes vom 21. Januar.
Meine Auffassung ueber die Vor- und Nachteile einer Publikation ueber die militaerische Opposition habe ich mir schon in einem fruheren Briefe erlaubt anzudeuten. Ich sehe mehr Gefahren in einem solchen Beginnen, als Vorteile. Abgesehen davon, dass es nahezu unmoeglich ist, die psychologische Situation zu rekonstruieren, in der sich die Handelnden damals befanden, glaube ich, dass das Thema der Berechtigung zum Hochverrat und zum Bruch des militaerischen Eides gerade in dem geistigen Ringen um das neue deutsche Soldatentum nicht vorauszusehende Wirkungen ausloesen kann. Darueber werden Sie sich aber wohl mit Ihrem Mitarbeiterkreis selbst Ihre Gedanken machen und mir steht es nicht zu, daran Kritik zu ueben.

Ich bitte nur um Verstaendnis dafuer, wenn ich fuer meine Person die Folgerungen aus meiner Einstellung ziehe. Ich moechte mich an dieser Ausarbeitung, die nach Ihren Angaben fuer die Oeffentlichkeit bestimmt ist, **n i c h t** beteiligen. Wie Sie wissen, wird das Ihnen vorschwebende Thema in grossen Linien vom Institut fuer Zeitgeschichte in Muenchen unter der Feder eines Dr. H. Uhlig bearbeitet. So viel ich weiss, ist diese Bearbeitung schon weit fortgeschritten. Was ich zu dem Thema sagen moechte und sagen zu koennen glaube, habe ich mit Herrn Dr. Heinrich Uhlig ((13 b), Holzhausen Nr. 75, Post Batzenhofen bei Augsburg) in teilweise regem Gedankenaustausch ercoertert. Ich darf daher anheingeben, mit ihm Fuehlung zu nehmen. Weiterhin kann Ihnen ueber die Oppositionsgruppe im OKH vielleicht auch der damalige Verbindungs-offizier zwischen Staatssekretaer v. Weizsaecker und mir, der Legationsrat Hasso von Etdorf, Aufschluss geben. Seine Anschrift ist: (219) Bonn/Rhein, Bahnhofstr. 42. Er ist z.Zt. Leiter der Laenderabteilung in der Konsular-

00019

abteilung unseres Auswaertigen Amtes.

Ob Herr v. Etdorf ueber militaerische Vorbereitungen im Winter 1939/40 Aufschluss geben kann, weiss ich nicht. Ich selbst bin ueber die Einzelheiten dessen, was damals von Heinrich von Stuelpnagel, Grosscurth und Wagner ausgearbeitet wurde, nicht im Bilde. Ich habe mich lediglich um die grossen Linien bekuemmern koennen und diese sind von Beck handschriftlich festgehalten worden, waehrend ich selbst nie einen Buchstaben niedergeschrieben habe. Die Beck'sche Niederschrift habe ich bei meiner Vernehmung vor der Gestapo durchzulesen Gelegenheit gehabt, weil mein Name wiederholt darin vorkam. Sie enthielt die Grundlagen einer Umsturzaktion, aber keine Einzelheiten militaerischen Vorbereitungen.

Indem ich hoffe, dass Sie fuer meinen Entschluss zur Nichtbeteiligung Verstaendnis haben werden, gruesse ich Sie herzlich als

Ihr sehr ergebener

Franz Halder

Heinrich Uhlig

Essen, 4.6.53



Aufzeichnungen zum Gespräch zwischen Herrn Generaloberst
a.D. Halder und Dr. Uhlig am 2.6.53 in Königstein

Generaloberst Halder betont anfangs die Schwierigkeit präziser Erinnerung an lange zurückliegende Ereignisse und Planungen, die nur Mosaiksteine eines viel umfassenderen Geschehens bilden; sie sauber zu trennen von den zahllosen Befragungen, sei fast unmöglich, denn unmerklich verwische sich in derartigen Diskussionen der eigene ursprüngliche Eindruck. Mangel an zuverlässigem Quellenmaterial und die Unmöglichkeit, mit den normalen Methoden der Geschichtsschreibung das Klima der Zeit zu rekonstruieren, mache jeden Versuch, die Entscheidungsbildung auf höchster Führungsebene und das Ringen um diese Entschlüsse wahrheitsgetreu darzustellen, nach seiner Ansicht aussichtslos. Stelle man sich auf den Standpunkt, der in Frage kommende Zeitraum sei eine Ausnahmesituation gewesen, so interessierten zudem weniger die Folgen, mithin der Ablauf dieser Ausnahmesituation als deren Vorgeschichte, die das Zustandekommen einer so verhängnisvollen Entwicklung ermöglichte.

Mission Böhm-Tettelbach:

Oster suchte Generaloberst Halder unmittelbar nach dessen Amtsübernahme als Generalstabschef auf und erklärte, es bestünde die Absicht, eine Persönlichkeit nach England mit der Botschaft zu schicken: Wir sind bemüht, Hitlers auf militärischen Zusammenstoß treibende Politik zu bremsen. Wir bitten, und darin zu unterstützen und Hitler nicht durch Konzessionen das Rückgrat zu steifen! (München!) Generaloberst Halder fragte erstaunt, ob dieser Gedanke von Oster selbst stamme. Oster erwiderte, er stamme von Beck und sei von diesem seit längerem erwogen. Beck habe ihm erklärt, er solle Generaloberst Halder aufsuchen, da dieser nunmehr die Verantwortung trüge. Anschließend wurde erwogen, wer für diese Mission in Frage käme. Man einigte sich auf Herrn Böhm-Tettelbach, der den Herren ~~Böhm-Tettelbach~~ Beck und Halder wohlbekannt war. Generaloberst Halder erklärte sich dann bereit, die Verantwortung für diesen Schritt zu übernehmen. Böhm-Tettelbach hatte lediglich die Aufgabe, Überbringer dieser Botschaft zu sein, und war auch nicht in die Staatsstreichpläne eingeweiht. Er hat sich seiner Aufgabe entledigt mit dem bekannten Resultat. Sein Gesprächspartner, ein britischer Major im Intelligence Service, ist nach dem Kriege nicht mehr zu identifizieren gewesen. Hätte Generaloberst schon damals gewußt, daß Canaris (Kleist) und v. Weizsäcker ähnliche Schritte mit dem gleichen Ziel in die Wege geleitet hatten, so hätte er sich von dieser rein außenpolitischen Aktion distanziert, da sie praktisch überflüssig geworden war, denn die Aktion Kordt z.B. erfolgte ja früher als die Böhm-Tettelbachs. Das kennzeichnet die Kontaktlosigkeit des oppositionellen Vorgehens

Großcurth:

Major Großcurth wurde von Canaris als Verbindungsmann ins OKH delegiert. Aus Tarnungsgründen dürfte er im Stab des Generalquartiermeisters untergebracht worden sein. Großcurth arbeitete eng zusammen mit Heinrich v. Stülpnagel und erschien selten zum Vortrag bei Generaloberst Halder, da bei v. Stülp-

nagel die Fäden zusammenliegen. Mitarbeiter dürfte er außer einer Sekretärin, die 1944 von der Gestapo intensiv vernommen wurde, nicht gehabt haben, da solche Stellen aus Geheimhaltungsgründen bewußt klein gehalten wurden. Großcurth dürfte aus dieser Verbindungsstelle im Zusammenhang mit dem Zerwürfnis zwischen v. Brauchitsch und Hitler am 5.11.39 ("Geist von Zossen"!) aus Gründen der Vorsicht entfernt worden sein. In diese Hochspannung fiel außerdem das Bürgerbräu-Attentat. Jedenfalls warnte Gen. Fellgiebel das OKH: "Der Kerl (Hitler) hat irgendetwas in der Nase! Vorsicht!" Die schriftlich festgelegten Umsturzpläne wurden auf Generaloberst Halders Weisung, der selbst nie etwas schriftlich fixierte, damals vernichtet. Beck hat laufend Aufzeichnungen gemacht und sich seine Planungen notiert. Diese bildeten 1944 das Material zu wochenlangen Verhören Generaloberst Halders durch einen heute in sowjetrussischen Diensten stehenden Kriminalrat Lange.

Gespräch Halder - Fromm

H.v. Stülpnagels Umsturzplanungen bezogen sich allein auf die Reichshauptstadt und die dortigen Regierungs- und Kommandostellen, Nachrichtenanlagen usw. Generaloberst Halder erklärte, das reiche nicht aus, denn die Aktion müsse das ganze Land, also auch die Wehrkreise, gleichzeitig erfassen. Die Schlüssel zu diesen hielt Fromm in der Hand. Um ihn zu gewinnen, führte Generaloberst Halder mit ihm im Beisein von General Haase jenes Gespräch, dessen sich Herr Haseloff entsinnt. Kerngedanke war die Notwendigkeit, Hitler aus seiner Machtposition zu entfernen. Fromm hat sich versagt - ebenso, wie die Frontbefehlshaber, mit denen die Frage mehrfach auf verschiedenen Wegen erörtert wurde. Es ist möglich, daß gegen die ursprüngliche Absicht Generaloberst Halders doch einige Einzelheiten besprochen wurden, da Fromm von sich aus Gegenfragen gestellt haben dürfte. Es können z.B. jene Panzerverbände erwähnt worden sein, die zur Auffrischung und für die Pläne der Opposition nach Döberitz und Alten-Grabow gelegt worden waren. Generaloberst Halder entsinnt sich, daß er dabei auf Kritik des OKW stieß, schnelle Verbände in solcher Entfernung von der Westfront liegen zu lassen. Er hält es auch nicht für ausgeschlossen, daß Fromm nach dem gescheiterten Versuch, ihn zu gewinnen, auf kalten Wege die Verlegung dieser Verbände in den Westen betrieben hat, die tatsächlich auch bald erfolgte.

x-Bericht

Kurz vor dem Norwegen-Feldzug, also wahrscheinlich im März 1940, legte Thomas Generaloberst Halder einen Schnellhefter mit dem Bemerken vor, er bäte, diese wichtigen ~~Angew~~ ~~Wichtige~~ Dokumente zu studieren und bis zu seiner Rückkehr sehr sorgsam zu verwahren, da sie geheimsten Charakter trügen. Die Übergabe erfolgte nach einem besonders pessimistischen Vortrag über die wehrwirtschaftliche Lage. Generaloberst Halder fragte Thomas, da die Papiere keinerlei Unterschrift und Herkunftsbezeichnung trugen, woher sie stammten. Ohne zureichende Erklärung könne er sie nicht entgegennehmen. Thomas erwiderte darauf, sie seien ihm von Oster und Dohnanyi übergeben worden auf dem Wege zum Generalobersten. Zu dieser Zeit bestand zwischen Generaloberst Halder und Oster eine ernste Spannung, da Oster sich auf verschiedenen Reisen zu Frontkommandos, vor allem zu vorgerückter Stunde, sehr redselig und unvorsichtig benommen hatte. Das ging bis zum Liegenlassen eines Umsturzauftrages im Stabe von Gen. Müller.

Auch Gen. Mieth meldete ähnliche Vorkommnisse Generaloberst Halder. Gerüchte darüber waren in Hitlers Umgebung gedrungen. Generaloberst Halder verbat sich deshalb Osters Besuch, der sich aus diesem Grunde auch nicht mit dem x-Bericht zu ihm traute. Nach seiner präzisen Erinnerung/die Generaloberst Halder vorgelegte Fassung der Verhandlungen in Rom einige wesentliche von den Angaben Dr. J. Müllers abweichende Momente, die Herrn Halders Befremden erregten. Die Kernfrage der mit Hilfe des Hl. Stuhls geführten Besprechungen, in denen auf britischer Seite als Beauftragter der Staatssekretär des Foreign Office figurierte, war die Vermeidung des kurz bevorstehenden Waffengangs im Westen. Vertragspartner des parapierten Entwurfs sollten die britische Regierung und die deutsche Opposition sein. Deutschland sollte die Grenzen von 1914 einschl. Elsaß-Lothringen und Deutsch-Österreich zugestanden ~~wahren~~ erhalten. Lediglich für die Tschechoslowakei sollte ein anderer Modus gefunden werden. Auch hier, entsinnt sich Generaloberst Halder einer sehr konzilianter Formulierung, deren Einzelheiten ihm entfallen sind. Die deutsche Gegenleistung sollte in der Enthebung Hitlers bestehen und "wenn möglich des ganzen NS.-Regimes". Diese Verkläusulierung fiel ebenso auf wie die Zedierung Elsaß-Lothringens auf Kosten Frankreichs. Das und die vorgeschlagene Verkleinerung Polens auf die Grenzen von 1914 erregte vor allen Generaloberst Halders Befremden, ebenso die Frage, inwieweit sich nach vollzogener Enthebung Hitlers die britische Regierung an diese Abmachungen gebunden fühlen würde. Eine neue deutsche Regierung war wenigstens in der Übergangszeit nur als militärische Diktatur möglich. Hieraus konnten sich für Großbritannien Distanzierungsmöglichkeiten ergeben, die die deutsche Vorleistung (Hitlers Entfernung) außenpolitisch wirkungslos machen würden.

V. Brauchitsch reagierte auf diese Dokumente mit seltener Erregung, wischte die Papiere über den Schreibtisch hin zu Generaloberst Halder mit den Worten: "Das, was Sie mir da vorgelegt haben, ist qualifizierter Hochverrat! Ich verlange Namensnennung. Der Mann ist zu verhaften!" Generaloberst Halder erklärte, daß man darüber verschiedener Auffassung sein könne angesichts der katastrophalen Situation, lehnte die Namensnennung ab und erklärte schließlich: "Wenn Sie jemanden verhaften wollen, dann mich!" V. Brauchitsch insistierte nicht weiter und bemerkte, derartige Versuche seien sinnlos, es handele sich um einen Krieg der Weltanschauungen, mithin um eine unabänderliche Sache. Generaloberst Halder teilte v. Brauchitschs Auffassung Thomas bei dessen nächstem Besuch mit. In welcher Form sie an Ostera weitergegeben wurde, entzieht sich Herrn Halders Kenntnis, der bis 1944 von dieser Angelegenheit nichts mehr gehört hat.

Hinsichtlich der augenfälligen Differenzen zwischen den Angaben von Dr. Müller über den Inhalt der römischen Gespräche und Generaloberst Halders präziser Erinnerung an die vorgelegten Papiere läßt sich ein gemeinsamer Nenner in der Vermutung finden, daß eine Fassung gewählt wurde, die auch für v. Brauchitsch annehmbar sein würde. Dennoch bleibt die angeblich geplante Session Elsaß-Lothringens befremdlich, da derartige Revanchegeanken damals durchaus nicht im Schwange waren.

Jedenfalls erfolgte die Vorlage der x-Berichte im OKH so spät, daß von einer Koordination zwischen den innenpolitischen militärischen Umsturzplänen und den Versuchen, außenpolitischen Kontakt zu gewinnen, keine Rede sein kann.

Verhältnis Beck - Halder in Oppositionsfragen

Der Kontakt zwischen der OKH-Opposition und dem Kreis um

Leutnant

[sei,

Beck (Goerdeler, v.Hassell, Weizsäcker, Mittwoch-Kreis usw., Oster) lief über H.v.Stülpnagel. Becks etwas mentorenhafte und starre Haltung machte die Zusammenarbeit schwierig, denn er entwarf Pläne für den Staatsstreich, deren praktische Durchführung er von dem antierenden Generalstabschef und seiner Gruppe ~~st~~ diktatorisch verlangte. Bei einem Gespräch im Januar 1940 stellte Generaloberst Halder fest, es genüge nicht, Hitler zu entfernen, wichtiger was dann zu geschehen habe. Beck erwiderte etwas brüsk, darum brauche sich das OKH nicht zu kümmern. Generaloberst Halder bemerkte darauf, das OKH habe also nur die Rolle des Hausknechts zu erfüllen. Beck wich aus. Er hatte unter Mitarbeit von Stülpnagels ein Programm zum Staatsstreich incl. Proklamation entwickelt, die militärische Durchführung diktierte er Generaloberst Halder zu, der sich nur bereit erklärte, den militärischen Stoßtrupp zu bilden, wenn die dahinterstehende politische Front garantiert sei. Ohne politische Basis ende das ganze ebenso hoffnungslos wie einst der Kapp-Putsch. Nach dieser in pointierter Form geführten Unterredung ergab sich eine Abkühlung. In der Folgezeit stellte Generaloberst Halder beharrlich die Frage: Wie weit ist die politische Oppositionsfront gediehen?

Hierzu ist zu bemerken, daß Generaloberst Halder Informationen über die Oppositionsbereitschaft in der Wehrmacht wie in Volke sehr negativ waren und die damalige Stimmung tatsächlich getroffen haben dürften. Eine zusammenhängende große Widerstandsgruppe gab es nicht, lediglich kleine, in sich geschlossene, nach außen abgekapselte Kreise, die sich nur langsam formierten, wie dies in einem solchen System nur natürlich war. Was vor allem dem Kreise um Beck fehlte, war der direkte Kontakt einmal mit der Truppe, zum anderen aber vor allem mit jenen politischen Oppositionskreisen, die ebenfalls Breitenwirkung besaßen z.B. Gewerkschafts- und Parteiführung.

Die Entfernung der beiden Widerstandsgruppen voneinander hatte aber nicht nur ihren Grund in den Auffassungsverschiedenheiten, sondern eine sehr reelle Basis. Vorausgegangen waren die vergeblichen Bemühungen um die Mitwirkungsbereitschaft der Frontbefehlshaber und Fromms. Damit waren wichtige Voraussetzungen entfallen. Außerdem hatte sich die verfügbare Zeitspanne in schwerwiegender Weise verkürzt. Die "nachgeholtte Mobilmachung" näherte sich ihren Abschluß. Damit entfiel einer der wirksamsten Einwände gegen Hitlers militärische Angriffsabsichten im Westen, ~~erfolgslos~~ ~~inaktivität~~ ~~zurück~~ Zunal der Westen infolge seiner Inaktivität Schwäche vermuten ließ.

Von nun an bestand zwar weiter loser Kontakt, aber eine Verschmelzung war nicht gelungen. Generaloberst Halder bildete mit v.Stülpnagel, Fellgiebel, Treschow, Merz v.Quirnheim und v.Stauffenberg eine eigene Gruppe.

Mit der Wiedergabe der erörterten Gedankengänge und Ereignisse einverstanden:

Königstein, am .30. Juni.....1953.



25-240/4 - 25

Anonig

Die Kriegsverwaltung

1940 - 45

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

OKH.
Generalstab des Heeres
Generalquartiermeister

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
21 28/58

Die Kriegsverwaltung 1940 - 1945, abgeschlossen Anfang April 1945.

S.2: ^{schnitt} Abs. 1: Vorbereitungen

Gedanke, im Operationsgebiet auf Verwaltung und Wirtschaft Einfluß zu nehmen, um "Bedürfnisse der Truppe und des Kampfes allen anderen Interessen vorgehen" zu lassen.

Daher ^{im} ~~erste~~ Reichsverteidigungsgesetz vom 21.5.1935:
"Vollziehende Gewalt." *Ob d.h. dem "Führer" allein verantwortl.*

Bestätigt im 2. Reichsverteidigungsgesetz vom 4.9.38.
Von hieraus alle weiteren Maßnahmen "im engsten Einvernehmen" mit dem Vierjahresplan, ^{dem} Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft und für die Reichsverwaltung. Beteiligt Staatssekretäre, federführend OKH, Abt. 6 des Generalstabs.

Maßnahmen zunächst auf Heimat abgestellt, danach Kriegsausbruch Operationsgebiet zunächst dort. Außerdem der damaligen Haltung des OKH entsprechend.

S.3: Kam OKH darauf an, Befehlsführung gegenüber zivilen Stellen sicherzustellen. Schwierigkeit, daß zivile Behördenorganisationen fachlich aufgespalten und zersplittert. Andererseits müssen Operationsabschnitte nach taktischen Gesichtspunkten abgegrenzt bleiben werden.

Zusammenfassung gegenüber der Vielzahl von Zivilbehörden von OKH ausdrücklich verlangt, wobei ^W Weizsäcker im Brennpunkt der Betrachtung.

S. 3:

Schnitt
Abb. 2: Der Chef der Zivilverwaltung im Heimatkriegsgebiet.

"Da eine durchgreifende Reorganisation der zivilen Dienststellen rechtzeitig nicht erwartet werden dürfte", Aushilfe durch "Chef der Zivilverwaltung".

Weiter nichts als Dachorganisation einfachster Art, über zivile Dienststellen in den einzelnen Abschnitten des Operationsgebietes gesetzt.

Dortin ^(CdZ) Befugnis delegiert, da zivile Dienststellen in Durchführung der Befehle des militärischen Befehlshabers Weisungen mit Vorrangsrecht erteilen. Militärischer Befehlshaber hat damit einen einzigen zivilen Partner der fachkundig ausgewählt und "mit dem notwendigen Einblick in das Behördenlabyrinth ausgestattet" eine einfache und schnelle Befehlsführung gewährleistet.

CdZ sollte auf Antrag des Ob.d.H. vom RHM ernannt werden. Diesem ^{bleibt er} weiter beamtenrechtlich unterstellt, während ^{er seine} fachlichen Weisungen vom OB der Armee, der er zugeteilt ^{ist} (HDv 90 Nr.24).

Einrichtung CdZ im Westen dringender als im Osten, da im Osten ^{territoriale Förderung einfacher ist, so den taktischen Abschnitten besser entsprechend.}

Abschnitt 3: Operationsgebiet jenseits der Reichsgrenze.

Zunächst nicht erwartet, daß Operationsgebiet jenseits der Grenzen "ländermäßigen Umfang" erreichen werde.

Daher anfänglich CdZ Feindesland.

Allerdings ^{debt} bewußt, daß die organisatorische Struktur jenseits der Grenze sich nachhaltig wandeln könne. Jedenfalls konnte CdZ sehr schnell Charakter einer Dachorganisation verlieren und gezwungen werden, sich Unterbau zu schaffen. Das dann dem Sinne nach keine Zivilverwaltung mehr, sondern militärische Verwaltung. Beamten sollten ebenfalls Wahlberechtigt bleiben in. lediglich zum Lebnachtspflichtige fallen.

Abschnitt 4: Verwaltung unter militärischer Führung.

Einrichtung sollte "eindeutig unter ausschließlicher Leitung der militärischen Befehlshaber stehen" (HDv. 90, Nr.30)

Praktischer Einsatz im Sudetenland, Tschechei und Polen. Geeignet für Einsatz in Gebieten, die alsbald zum Reich ge-

schlagen oder in echte Zivilverwaltung übernommen werden konnten.

S. 4:

Nachteilslose Struktur, weil Zivilbeamte Ressortzugehörigkeit den militärischen Bindungen voranstellten. "Nicht unbeträchtliche Unstimmigkeiten durch einseitige Eingriffe außermilitärischer Stellen und durch deren Versuche, neben der CdZ-Organisation und unabhängig von ihr eigene Sonderorganisation einzurichten."

Im Feindgebiet wegen der einheimischen Bevölkerung Einheit von Verwaltung und Wirtschaft nötig. "Klarheit und Einfachheit der Organisation mußten hier vor dem Bestreben nach Verfeinerung den Vorrang behalten."

OKH deshalb gegen einseitiges Hineinregieren außermilitärischer Behörden soweit wie möglich. Nicht verkannt, daß die besetzten Gebiete sich in den Rahmen der zentralen Lenkung des Großdeutschen Reiches einfügen haben. Daher "bereitwillig" daß militärische Befehlshaber den fachlichen Weisungen der zentralen Reichsstellen weitgehend zu entsprechen haben.

S. 5.

Abschnitt 5: Militärverwaltungsorganisation.

Erfahrungen führen Ob.d.H. dazu im Oktober 39, als Offensive zur Fortführung des Kriegs im Westen ^{festellt} ~~besteht~~ ^{an} ~~vorsteht~~, Vorbereitungen für militärische Verwaltungsorganisationen anzuordnen.

Ausgegangen von Voraussicht, daß Vereinigung mit Großdeutschland nicht in Betracht kommt oder offengelassen. Standpunkt, daß Zivilverwaltung Ausdruck einer Annektionsabsicht, — des Militärverwaltung.

Abschnitt 6: Wesen der Militärverwaltungen.

Hier ausgedrückt im "Führer-Befehl" über die Einrichtung einer milit. Verwaltung in Polen vom 25. 9. 39, beauftragt vom Ob.d.H. zu Festigung der CdZ-Organisation, aber bald durch die Einrichtung der fern-prävent. überholt.

S. 13:

Abschnitt 18: Polizei

Handwritten: *Mil. Verw. 2S-240/4-29 (4)

Handwritten: w
Ei^wbuße der Mil.verw. durch Einsetzung der Höh. SS u- Pol-Führer.
Erstmalig geschehen Jan 1942 in Serbien durch Erlaß des OKW.
Höh. SS. und Pol.-Führer erhielt die gleichen Aufgaben und
Zuständigkeiten wie in der Heimat. Zwar der ^{an} Mil.befehlshaber
persönlich und unmittelbar unterstellt, aber fachliche Weisungen
durch Wimpler.

S. 14:

Gleiche Maßnahmen März 1942 für Milverw. Frankreich, während in
Belgien Poli.gewalt bei Mil.Bef. geblieben.

S. 30 ff.

Teil IV: Schwierigkeiten in der Arbeit der Militärverwaltungen.

S. 31 f.

Mangelnde Einheit der Verwaltung beklagt in Bericht an "Sonderstab
Max General Jost beim Chef OKW" vom 28.3.44.

S. 34:

betr. SD:

Abgesehen von Abtrennung der Polizeigewaltfunktionen noch be-
sondere Maßnahmen des SD. Stört durch sein Vorgehen gegen Umstürz-
ler usw. die Tätigkeit der Mil.verw., da SD Unterrichtung der Mil.
verw. nicht immer richtig besorgt. SD informiert auch Mil.verw.
nicht von Verhaftungen. Geheimhaltungsgründe waren nicht am
Platze, da die Mil. verw. zuverlässig waren, Freilassung muß übrige
gens oft genug folgen.

S. 35

25-290/4-30

Schreibe

v. 7.5.54

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

FK

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
2128158

Institut für Zeitgeschichte
Eingeg. am: 10. Mai 1954
Fgb.-Nr. *ka*
W

Bau R. teo

Sehr geehrter Herr Doktor!

Endlich ist es möglich, Ihnen ueber das Ergebnis der Befragung des ehemaligen Feldmarschalls Milch Bescheid zu geben. Die Befragung konnte erst gelegentlich eines amerikanischen Routinebesuches in Landsberg erfolgen, der vor einigen Tagen stattgefunden hat. Der mir dazu vorliegende Bericht sagt aus:

"Zu den beiden Protokollen ueber eine Besprechung bei Hitler in Berchtesgaden gibt Feldmarschall Milch an:

1. Das groessere Protokoll entspricht nach seiner Ansicht ungefuehr dem Verlauf der damaligen Besprechung, an der auch er teilgenommen hat.

2. Nach seiner Ueberzeugung trifft der Inhalt des kleinen Protokolls nicht zu. Nach seiner Erinnerung war er einer der Letzten, der den Besprechungsraum in Berchtesgaden verlassen hat. Nach ihm ist wahrscheinlich niemand mehr zu Hitler gekommen. Es besteht die wenig wahrscheinliche Moeglichkeit, dass Hitler spaeter noch zu einem sehr kleinen Kreis von Offizieren gesprochen haben koennte. Doch haelt Em. Milch dies fuer wenig wahrscheinlich. Im uebrigen entsprach es keineswegs Hitlers Art, Schimpfworte zu gebrauchen. Em. Milch ist nur ein einziger Fall bekannt, wo Hitler ein solches Wort aussprach. Daher haelt Em. Milch das kleinere Protokoll fuer falsch."

Ich muss zwar befuerchten, dass diese Aussage fuer Sie keinen allzu hohen Wert hat, moechte aber trotzdem nicht versaeumen, sie Ihnen zu uebermitteln. Bezueglich des Gebrauchs von Schimpfworten scheint es mir, dass die Diskussionen des Herrn Milch mit seinem Herrn und Gebieter sich in einer weniger erregten Atmosphaere abgespielt haben, als dies bei uns widerborstigen Soldaten meist der Fall war.

Mit bestem Gruss

Ihr sehr ergebener

F. Halder

P.S. 1014
W?
(Wahr 4. 003?)
in Protokoll 15. 7. 54
Protokoll
muffaltum!

W

25-290/4-30

Schreiben

v. 4. X 54

„Vollziehende Gewalt“

Institut für Zeitgeschichte

Franz Halder

(17a) Karlsruhe/Baden, den 4. Okt. 1954
Postschließfach 781



Zu Frage 1: Im ersten Weltkrieg hatten die Stellvertretenden Kommandierenden Generale die "Vollziehende Gewalt" in v o l l e m Umfang (also auch auf dem zivilen Sektor) innerhalb ihres Amtsbereiches. Das ist verständlich einerseits aus der historischen Immediatstellung der Kommandierenden Generale, andererseits aus der Tatsache, daß die preußische Monarchie in der unter dem Befehl des Monarchen stehenden Armee das wesentliche Machtmittel des Staates sah, um die bestehende monarchische Staatsform gegen Umsturzversuche zu sichern, Daß die wesentliche unter sozialistischem Einfluß eingetretene Veränderung in der Einstellung der Masse zur Monarchie das Heimatheer untauglich machte, die bestehende Ordnung zu verteidigen, und daß die "Vollziehende Gewalt" - ihres wirksamsten Ausführungsorganes beraubt - nur noch ein fiktiver Begriff war, beweist die Entwicklung des Jahres 1918.

Diese Erkenntnis und vor allem der Anspruch der NSDAP, die geistige und politische Führung des deutschen Volkes als Organ des "Führers" ungeteilt selbst wahrzunehmen, hat nach der "Machtübernahme" die Ausübung der Vollziehenden Gewalt im vollen gesetzlichen Umfang durch militärische Befehlshaber im Heimatgebiet ausgeschlossen. Hinzu kommt das von Anfang an vorhandene und sich ständig steigernde weltanschauliche und politische Mißtrauen Hitlers gegen die älteren, für die Übernahme der Vollziehenden Gewalt in Frage kommenden Führer des Heeres. Es hatte zur Folge, daß er peinlich darüber wachte, militärische Führer nur mit militärischen Aufgaben zu betrauen und sie von jedem politischen Einfluß fernzuhalten. Mit der Bestimmung des "Operationsgebietes" (siehe Anlage Ziffer 6), das "Der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht", in seiner räumlichen Ausdehnung festsetzte, hatte Hitler die Möglichkeit, den Bereich der Vollziehenden Gewalt

des OBH und der Armeeführer nach seinen Wünschen zu beschränken. Davon ist in der Zeit des Aufmarsches im Westen 1939/40, in der im Gegensatz zum Aufmarsch gegen Polen der Kriegszustand erklärt und damit die automatische Übernahme der Vollziehenden Gewalt durch den OBH gegeben war, eine Fülle von Reibungen zwischen den Armeeführern und den zivilen Spitzen der Verwaltung und der Partei ausgegangen. Hitler hatte das Operationsgebiet auf die Zone möglicher Erdwaffenwirkung, die "Gefechtszone", beschränkt, während militärische Belange der bis zum Rhein und darüber hinaus reichenden Armeen sehr viel weiter in die Tiefe reichten.

In der Heimat lag die Wahrnehmung der militärischen Belange in der Hand der "Stellvertretenden Befehlshaber im Wehrkreis" (nicht "Wehrbezirkskommandeure", wie in dem Brief vom 22.9. angenommen). Sie waren auf diese militärischen Belange beschränkt und hatten keine "Vollziehende Gewalt".

Fotok. am 3. 5. 57
25-24014-34

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
2128158

Auszug aus:

H.Dv.g.92 Handbuch fuer den Generalstabsdienst
im Kriege Teil I

Abschnitt XII

"B. Vollziehende Gewalt

5. Die Ausuebung der vollziehenden Gewalt durch militaerische Befehlshaber ist durch die Nrn. 20 bis 24 der H.Dv.90 (Versorgung des Feldheeres) geregelt.
6. Ist ein Operationsgebiet bestimmt, so erhalten mit der Erklarung des Verteidigungszustandes oder mit der Erklarung des Kriegszustandes der Oberbefehlshaber des Heeres und die Oberbefehlshaber der Armeen ohne weiteren Befehl die Befugnis zur Ausuebung der vollziehenden Gewalt in diesem Gebiet (Par.2 und 9 des Reichsverteidigungsgesetzes).
In anderen Faellen kann der Fuehrer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht die Befugnis zur Ausuebung der vollziehenden Gewalt auf den Oberbefehlshaber des Heeres und die Oberbefehlshaber der Armeen *) uebertragen.
7. Die vollziehende Gewalt umfasst die gesamte Staatsgewalt, einschliesslich des Rechts zur Gesetzgebung, unbeschadet der Unabhaengigkeit der Rechtsprechung.
Die Inhaber der vollziehenden Gewalt koennen mit Wirkung fuer das Gebiet, fuer das die Befugnis zur Ausuebung auf sie uebergegangen oder ihnen uebertragen ist, Rechtsverordnungen erlassen, Sondergerichte einsetzen und den in dem genannten Gebiet zustaeudigen Behoerden und Dienststellen, mit Ausnahme der Obersten Reichsbehoerden, der Obersten Preussischen Landesbehoerden und der Reichsleitung der NSDAP, Weisungen erteilen.
8. Die Obersten Reichsbehoerden, Obersten Preussischen Landesbehoerden und die Reichsleitung der NSDAP koennen Anordnungen fuer das Gebiet, fuer das die vollziehende Gewalt uebergegangen ist, nur mit Zustimmung des Inhabers der vollziehenden Gewalt erlassen.
Unberuehrt bleibt ihr Recht, den ihnen unterstellten Behoerden und Dienststellen Weisungen zu erteilen. Jedoch geht das Weisungsrecht der Inhaber der vollziehenden Gewalt vor.
9. Die Befugnis zur Ausuebung der vollziehenden Gewalt steht nur dem Inhaber zu. Sie kann nur weiter uebertragen werden, soweit - sachlich oder ertlich - eine Ermachtigung dazu erteilt ist.

*) Den Oberbefehlshabern der Armeen sind Befehlshaber gleichzusetzen, denen die Ausuebung vollziehender Gewalt in einem Teil des Operationsgebietes des Heeres uebertragen ist.

Dagegen sind die Inhaber der vollziehenden Gewalt berechtigt, nachgeordnete Dienststellen mit der Ausführung einzelner Aufgaben zu betrauen.

10. Die beim Uebergang der vollziehenden Gewalt geltenden Gesetze, Erlasse usw. behalten ihre Gültigkeit, solange der Inhaber der vollziehenden Gewalt keine gegenteilige Anordnung trifft.
11. Der Oberbefehlshaber des Heeres regelt die Ausübung der vollziehenden Gewalt durch die Oberbefehlshaber der Armeen.
Die Bearbeitung der Fragen, die die Ausübung der vollziehenden Gewalt mit sich bringt, fällt nicht in das Arbeitsgebiet der Heeresrichter.
Dem Oberbefehlshaber des Heeres ist dafür der Zivilbeauftragte beim Oberkommando des Heeres, den Oberbefehlshabern der Armeen die Chefs der Zivilverwaltung zugeteilt. Die Inhaber der vollziehenden Gewalt sind aber berechtigt, die ihnen zugewiesenen Heeresrichter als Berater, insbesondere beim Erlass von Rechtsverordnungen strafrechtlichen Inhalts, heranzuziehen.

75-14014-36

Schreiben

v. 5. 3. 56

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Franz Halder

(17a) Karlsruhe/Baden, den 5.3.1956
Postschließfach 781Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV

2128/58

Hitler hat sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß die Vollziehende Gewalt im Sinne des Kaiserlichen Reiches in seinem Volksstaat keinen Platz mehr habe. Er war schon in der Zeit der Vorbereitung auf seine Machtübernahme (Münchener Periode) der Ansicht, daß der Soldat im eigenen Vaterland von allen Funktionen politischer oder verwaltungstechnischer Art unbedingt ferngehalten werden müsse. Dafür war nach seiner Ansicht die zivile Regierungsgewalt zuständig, die er ja fortschreitend mit der Parteiorganisation zu verschmelzen beabsichtigte. Im übrigen hat er von Anfang an angestrebt, die gesetzlichen Grundlagen und die zu ihrer Handhabung befähigten Gremien, wie Reichsverteidigungsrat, so auszubauen, daß den Anforderungen der Landesverteidigung in der obersten Ebene Rechnung getragen werden könne, ohne daß Aufgaben der praktischen Regierungsgewalt den Soldaten selbst übertragen werden müßten. Diese Auffassung kam den Gedanken in den militärischen führenden Kreisen weitgehend entgegen. Die Auswirkung der Schlieffen-Schule hat zur Folge gehabt, daß wir Soldaten uns bewußt und betont auf das Gebiet der rein militärischen Führung beschränkten und uns von Allem fernzuhalten suchten, was in den Bereich der Politik und zivilen Verwaltung gehörte. Für laufende Aufgaben, wie sie z.B. bei großräumigen Manövern auftraten, genügte das Reichsleistungsgesetz. In den seltenen Ausnahmen, die wir Soldaten immer als peinlich empfanden, stand der Notstandsparagraph zur Verfügung, der befristet dem Soldaten wie seinerzeit Seeckt, die erforderlichen Machtvollkommenheiten an die Hand gab (Ausnahmезustand). Die seinerzeitige kaiserliche Handhabung der automatischen Übertragung der vollziehenden Gewalt an die stellvertretenden kommandierenden Generale hatte ihre Wurzel in dem Immediatverhältnis der Generalkommandos zum kaiserlichen Kriegsherrn. Sie geht auch sicherlich auf den Gedanken zurück, im Kriegsfall mögliche innere Störungen

mit der dem Kriegsherrn unmittelbar unterstehenden Wehrmacht + zu unterdrücken. Diese Voraussetzungen waren nach 1918 und besonders im Dritten Reich nicht mehr gegeben. Der Begriff der Vollziehenden Gewalt im Sinne des kaiserlichen Reiches war also tatsächlich überholt. Das wurde, mit wenigen Ausnahmen, im Heere allgemein anerkannt.

Im Kriege hat der Begriff der Vollziehenden Gewalt natürlich wieder eine große Rolle gespielt, aber im allgemeinen nur außerhalb der Reichsgrenzen. Der Einmarsch in Oesterreich war kein Krieg. Eine Militärverwaltung trat, abgesehen von ganz kurzfristigen örtlichen Übergangsregelungen, nicht in Erscheinung. Beim Blumenkrieg gegen die Tschechei wurde dem Ob.d.H. mit Überschreiten der Reichsgrenze die Vollziehende Gewalt übertragen, von vornherein in der Absicht, diesen Übergangszustand so kurz wie möglich zubemessen und baldigst durch die zivile Verwaltungsgewalt der Protektoratsregierung zu ersetzen, Der damalige Generaloberst von Brauchitsch hat sich darum auch beeilt, zum frühest möglichen Zeitpunkt um seine Enthebung von der Aufgabe als Träger der Vollziehenden Gewalt zu bitten. Praktisch ist er in den wenigen Tagen, in denen er diese Funktion ausübte, damit so gut wie nicht belastet gewesen.

Ich darf hier einfügen, daß die Fragen der Vollziehenden Gewalt mich persönlich nur am Rande berührten. Die Ausübung der Vollziehenden Gewalt, ebenso wie z.B. die Gerichtsherrlichkeit, war gesetzlich an die Person des

Ober-

befehlshabers (und die nach ihm als ausführende Organe funktionierenden Oberbefehlshaber der Armeen) gebunden. Meine fuer die Leitung der militaerischen Operationen verantwortliche Dienststelle hatte mit der Vollziehenden Gewalt nichts zu tun. Ich stellte lediglich, soweit ich es fuer noetig hielt, die durch die Operationsfuehrung bedingten Forderungen an den Oberbefehlshaber des Heeres. Dessen Ausfuehrungsorgan und Berater war der Generalquartiermeister des Heeres, der in Fragen der Heeresversorgung mir unterstand, in Fragen der Vollziehenden Gewalt unmittelbar dem Oberbefehlshaber des Heeres. Natuerlich hat der Generalquartiermeister in allen wichtigen Fragen der Vollziehenden Gewalt mir vorgetragen und ich habe auch gelegentlich meine Auffassungen in bestimmten Punkten, soweit sie die Belange der operativen Fuehrung betrafen, dem Ob.d.H. gegenueber persoendlich vertreten. In ganzen aber war dieses Gebiet eine Domaene des Ob.d.H.

Bei der Vorbereitung des Polenfeldzugs trat zum ersten Mal die Frage der Vollziehenden Gewalt im Aufmarschgebiet, also auf deutschem Boden, auf. Der Rufer im Streite war der damalige Generaloberst von Bock, der O.B. der Heeresgruppe Nord. Er war eine Herrennatur alter kaiserlicher Praegung und empfand jede Notwendigkeit, sich mit zivilen Stellen auseinandersetzen zu muessen, als stoerend, wenn nicht sogar entwuerdigend. In der Vorbereitungszeit vor Polen kam aber eine Uebertragung der Vollziehenden Gewalt an einen Militaerbefehlshaber schon deshalb gar nicht in Frage, weil bis zum letzten Augenblick mit dem Tarnungsbegriff von granznahen Trupperuebungen gearbeitet wurde und die zivile Verwaltung von einem moeglicherweise bald eintretenden Kriegszustand gar nicht verstaendigt war. Ihre Ausschaltung durch die militaerische Vollziehende Gewalt waere ein Fanal gewesen, das in schroffen Gegensatz zu den Tarnungsbestrebungen gestanden haette. Die Belange der aufmarschierenden Truppe konnten auf Grund des Reichsleistungsgesetzes im Benehmen mit den zivilen Stellen ohne Schwierigkeiten gewahrt werden.

Etwas anders lagen die Verhaeltnisse an der Westfront. Hier war im Gegensatz zu Polen die Mobilmachung bereits ausgesprochen und der Kriegszustand bereits eingetreten. Hier bestand ausserdem die Moeglichkeit, dass der Feind die

Initiative ergriff und sich Kampfhandlungen auf deutschem Hoheitsgebiet abspielen konnten. Im Gegensatz zu Polen wurde daher fuer den Westen die Frage der Vollziehenden Gewalt im Aufmarschgebiet bei Hitler zur Sprache gebracht. Er hat damals zunaechst jede Eroerterung dieser Frage abgelehnt mit der Begrueundung, dass die zivile Verwaltung und die Parteidienststellen von ihm angewiesen seien, allen Wuenschen der Wehrmacht entgegenzukommen. Er musste aber diesen starren Standpunkt doch sehr bald modifizieren, wenn auch nur fuer denjenigen Teil des Grenzbereiches, der unmittelbare Beruehrung mit Frankreich hatte, also suedlich von Luxemburg. In diesem Gebiet waren zwei wesentliche Gesichtspunkte massgebend, einmal die feindliche Waffenwirkung im sogenannten "Gefechtsgebiet" (durchschnittlich 15 bis 20 km tief) und dann die von militaerischer Seite planmaessig vorbereitete Raerumung der Zivilbevoelkerung aus dem moeglicherweise gefaehrdeten Gebiet. Hitler hat damals entschieden, dass die von militaerischer Seite vorbereitete Raerumung nach seinen Weisungen von den Parteidienststellen durchzufuehren sei (, was dann leider wenig sachgemaess geschehen ist und zu psychologisch nachteiligen Folgen gefuehrt hat). Bezueglich der feindlicher Waffenwirkung ausgesetzten Zone - "Gefechtsgebiet" - ordanete Hitler an, dass diese von der deutschen Bevoelkerung zu raerumen sei und unter militaerische Verwaltung zu treten habe. So entstand ein sehr schmaler Streifen laengs der franzoesischen Grenze, in dem die militaerischen Dienststeller tatsaechlich eine Vollziehende Gewalt ausuebten. Das war aber ganz etwas anderes, als das Gesetz unter dem Begriff Vollziehende Gewalt verstand. Hier handelte es sich nicht darum, "Recht zu setzen", sondern nur darum, in einer von der Zivilbevoelkerung geraeumten Zone das zwangslaefig zurueckgebliebene zivile Eigentum zu sichern und die fuer Erhaltang der Wohnstaetten, Verkehrswege usw. notwendigen Massnahmen zu treffen.

Darueber hinaus ist im weiteren Verlauf des Aufmarsches des deutschen Heeres an der Westgrenze der Begriff der Vollziehenden Gewalt immer wieder zur Diskussion gestanden. Aquh hier war der damalige Generaloberst von Bock stets die treibende Kraft. Meist handelte es sich um Unterbringungsfragen, die natuerlich

vielfach ueber den Rahmen des Reichsleistungsgesetzes hinausgingen, um Fragen der Verkehrsregelung, in denen die Wehrmacht Vorrechte in Anspruch nehmen musste, und nicht zum wenigsten um Fragen der Flussschiffahrt, die durch unsere Bauten und Vorbereitungen fuer Kriegsbruecken, Inanspruchnahme von Schiffsgefaessen usw. in Mitleidenschaft gezogen wurde. Auch hier hat Hitler eine Vollziehende Gewalt auf deutschem Boden abgelehnt und die Regelung auftretender Fragen zwischen den obersten Reichsbehoerden verlangt. Das hat sich dann auch ohne ernstliche Schwierigkeiten ermoeeglichen lassen. Ueber die dafuer notwendigen Verhandlungen bin ich im Einzelnen nicht unterrichtet worden, kann Ihnen also auf Ihre diesbezugliche Frage keine praezise Antwort geben. Die Verhandlungen lagen beim O.K.H. in der Hand des Generalquartiermeisters. Aus seinen Vortraegen sind mir Auseinandersetzungen, die man als "Kaempfe" bezeichnen koennte, nicht erinnerlich. Von den von Ihnen genannten Herren habe ich von Herrn Neumann kaum etwas gehoert. Von den Herren Pfundtner und Posse habe ich in Erinnerung, dass eine Verstaendigung im Sinne der militaerischen Forderungen durchaus moeglich war, Herr Stuckardt, mit dem ich selbst wiederholt in Beruehrung kam, war sehr aufgeschlossen und arbeitete gut mit uns zusammen. Bei keinem dieser Herren habe ich den Eindruck gewonnen, dass sie als ein Spiegelbild ihres "Meisters" in den militaerischen Kreisen gegolten haetten, am wenigsten sicherlich Herr Stuckardt, mit dem selbst ich mit meiner unverkennbar kritischen Einstellung zu Hitler ganz offen sprechen konnte und bei dem ich sogar fuehlbares Verstaendnis fand.

Im weiteren Verlauf des franzoesischen Feldzugs und bei den folgenden Feldzuegen, bei denen die Aufmarschgebiete im Wesentlichen ausserhalb des Reichsgebietes lagen, spielte die Vollziehende Gewalt keine Rolle mehr.

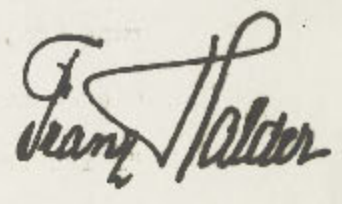
Wie sich diese Frage beim Zurueckfallen der deutschen Fronten auf deutsches Reichsgebiet entwickelt hat, kann ich authentisch nicht angeben, weil ich damals schon hinter Schloss und Riegel sass. Soviel ich aus Berichten gehoert habe, kam es zu einem wirren Durcheinander von militaerischen, zivilen und partei-lichen Massnahmen, je nachdem der Diktator die eine oder die andere Stelle

fuer oertlich entstehende Fragen verantwortlich machte oder irgendeinen "Beauftragten" quer ueber alle Interessenkreise einsetzte. Die militaerischen Dienststellen hatten aber auch in dieser Zeit keine Vollziehende Gewalt mehr, sobald die Truppenbewegungen auf deutsches Gebiet uebergriffen. Es war ihnen, soviel mir berichtet wurde, lediglich im "Gefechtsgebiet" (15 bis 20 km Tiefe) das Recht eingeraeumt, die Evakuierung von Zivilbevoelkerung an voraussichtlichen Brennpunkten der Kaempfe anzuordnen.

In ganzen gesehen ist also festzustellen, dass es innerhalb des Gebietes des Grossdeutschen Reiches eine Vollziehende Gewalt im Reiche Hitlers nicht gegeben hat. Solange noch Ordnung herrschte, wurde das Erforderliche mit den zivilen Dienststellen vereinbart; am Schluss, als Alles durcheinander ging, fehlte eine einheitliche, wirksame Regelung gaenzlich; jeder tat das, was er in der Not des Augenblicks zur Erfuellung seiner Pflichten fuer notwendig hielt.

Mit dem Ausdrueck meiner voraueglichen Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener



Institut für Zeitgeschichte Archiv

FRANZ HALDER

© KARLSRUHE (BADEN), DEN
POSTSCHLIESSPAOK 781

10. 2. 1956

25-240/4-42

Herrn
Dr. H. Krausnick
Institut fuer Zeitgeschichte

Muenchen 22

Reitmorstrasse 29

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 2552/60	Best. 25240
Rep. /	Kat. 4

Sehr geehrter Herr Doktor!

Bei meiner Rueckkehr nach Karlsruhe spaet im Januar habe ich Ihre freundlichen Zeilen vom 7. 1. 56 und Ihre Darstellung der "Vorgeschichte und Beginn des militaerischen Widerstandes gegen Hitler 1933-39" vorgefunden. Erst heute komme ich - leider verspaetet - dazu, Ihnen dafuer meinen herzlichsten Dank zu sagen. Bei dem Andrang von Papier, den ich vorgefunden habe, ist es mir noch nicht gelungen, mich in Ihre Arbeit so zu vertiefen, wie sie es verdient. Das muss ich mir aufsparen fuer eine Zeit, in der ich wieder etwas mehr ueber mich und meine Zeiteinteilung verfuegen kann.

Ich freue mich schon jetzt auf das Studium Ihrer Arbeit. Ob ich dabei mit allen Ihren Ergebnissen und Urteilen einverstanden bin, werde ich ja dann sehen. Ich halte es aber gar nicht fuer noetig, dass wir in allen Details zum gleichen Ergebnis gelangen. Die Hauptsache ist, dass das Ringen um ein klares Urteil sich von persoenlichen Voreingenommenheiten und Sentiments unabhængig macht. Und davon bin ich bei Ihnen durchaus ueberzeugt. Verschiedenheiten der Beurteilung erklæaren sich ja oft allein daraus, dass die handelnden Maenner mir persoenlich als Menschen und militaerische Funktionæare seit vielen Jahren bekannt waren. Bei Gedanken oder Absichten, welche die Forschung bei einzelnen Persoenlichkeiten vermuten zu muessen glaubt, kann die persoenliche Kenntnis der Wesenseigenart der Betreffenden zu anderen Ergebnissen kommen. Ich glaube aber, dass im ganzen solche Nuancen recht unwesentlich sind und dass

es darauf ankommt, die Lage zu erfassen, in der sich die Fuehrerschaft des Offizierkorps zwischen ihren traditionellen Bindungen und den neuen Gewalten mit ihrer fuer unsere Begriffe unvorstellbaren Hemmungslosigkeit befunden hat. Weit mehr, als man schlechthin annimmt, reagiert der hohe militaerische Fuehrer auf ein solches Dilemma weniger als Einzelperson, denn als Vertreter einer ererbten und anerzogenen Geisteshaltung, die ihm vielleicht in Einzelfall selbst gar nicht bewusst ist. Einzelpersonen wiederholen sich nicht. Darum bietet das Einzelbeispiel wenig Lehrstoff fuer die Zukunft. Aber die Kraft geistiger und ethischer Traditionen in einem Offizierkorps wird sich auch in der Zukunft zeigen. Ebenso kann die Zukunft hemmungslose Typen in die Fuehrerschaft des Staates bringen, wenn auch kein Volk sich nach dem Typ Hitler sehen wird. Wir haben uns ja auch nicht danach geseht, aber wir waren instinktlos genug, um uns von ihm einzufangen zu lassen. Das sind die Momente, die uns und anderen Voelkern eine Lehre sein koennen fuer die Zukunft. Hoffentlich kann die Arbeit des Instituts fuer Zeitgeschichte in dieser Richtung nachhaltig wirksam werden.

Was Sie ueber die Mitteilung des Botschaft Henderson vom 30. 8. 39 und die Randbemerkung Kirk-Patricks schreiben, ist mir neu und interessant. Letzten Endes beweist es, dass selbst der beruehmte englische Nachrichtendienst auf Kulissengeruechte hereingefallen ist.

Ich benuetze die Gelegenheit, Ihnen fuer das inzwischen angelaufene Jahr 1956 meine besten Wuensche zu uebermitteln, sowohl fuer Ihre eigene Person, wie fuer das Gedeihen Ihrer Arbeit. Mit herzlichem Gruss bin ich

Ihr aufrichtig ergebener

Franz Halder